

ANTRAG

der Fraktion der AfD

Interesse für Brand- und Katastrophenschutz wecken

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Die letzten Jahre waren geprägt von globalen Krisenereignissen, die gravierende Auswirkungen auf das gesellschaftliche Leben haben: Corona-Pandemie, Ukraine-Krieg, Inflation und Energiekrise. Damit einher gehen soziale und alltagskulturelle Erschwerisse, die ein Zusammenleben zumindest nicht erleichtern und teilweise die Demokratie vor eine Belastungsprobe stellen.
2. Den Krisen praktisch zu begegnen und dem Zerfasern des gesellschaftlichen Zusammenhaltes entgegenzuwirken ist nicht alleinige Aufgabe der Politik. Sie kann jedoch Bedingungen schaffen, um die positiven Kräfte innerhalb einer Gesellschaft anzuregen und zu fördern.
3. Die Bereitschaft, Verantwortung für sich und für andere zu übernehmen, ist Ausdruck der bürgerlichen Mündigkeit; Verantwortung in diesem Sinne nehmen die freiwilligen Helfer im Brand- und Katastrophenschutz wahr, die tagtäglich ihren engagierten Beitrag für unsere Gesellschaft leisten.
4. Die Freiwilligen Feuerwehren im Land sind für einige Gemeinden im ländlichen Raum eine echte Instanz der Alltagskultur, mitunter gar die Allerletzte. Mit dem Rückzug von Ortsfeuerwehren wird das örtliche Band der Solidarität spröde und das soziokulturelle Klima innerhalb der Ortsgemeinschaft leidet. Davon ist das Land Mecklenburg-Vorpommern noch entfernt, dennoch gilt es, einem Eintreten derartiger Zustände recht- und frühzeitig zu begegnen.

5. Der Landtag begrüßt ausdrücklich Initiativen, wie etwa das Schulzentrum Kühlungsborn im Rahmen der Ganztageschule für die Klassenstufen 5 bis 10 einen Kurs zum Thema Feuerwehr oder die Europaschule „Arnold Zweig“ in Pasewalk, die gleich ein ganzes Wahlpflichtfach „Freiwillige Feuerwehr“ mit der Ausbildung zum Truppmann 1 & 2 mit der Möglichkeit zum Einstieg in den aktiven Dienst nach der zehnten Klasse anbietet, und hält sie für nachahmenswert.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. seitens des Ministeriums für Bildung und Kindertagesförderung im Zusammenspiel mit den Schulamtsbezirken zu evaluieren, ob und in welchem Umfang die oben genannten Modellprojekte auf weitere Schulen im Land übertragen werden können. Dabei soll vor allem geprüft werden, wie die Truppmannausbildung 1 und 2 als Schulfach übersetzt wurde und ob dies generell auf andere Schulen übertragbar sei.
2. seitens des Ministeriums für Bildung und Kindertagesförderung zu prüfen, inwieweit die Mitgliedschaft in einer Jugendfeuerwehr anerkennend auf dem Zeugnis erwähnt werden kann.
3. seitens des Ministeriums für Inneres, Bau und Digitalisierung in Zusammenarbeit mit den Landkreisen sowie kreisfreien Städten Möglichkeiten zu eruieren, wie die nötigen Infrastrukturen bereit- und gegebenenfalls Mitarbeiter der öffentlichen Hand, die ihrerseits Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr sowie ausbildungsberechtigt sind, für die Arbeit an den Schulen freizustellen wären.
4. den Ausschüssen für Inneres, Bau und Digitalisierung sowie für Bildung und Kindertagesförderung bis spätestens Sommer 2023 über den Stand der Prüfung zu berichten und gegebenenfalls erste Schritte der Umsetzung präsentieren.
5. bei den Planungen auch andere Organisationen des Bevölkerungsschutzes einzubeziehen, um deren Arbeit den Kindern und Jugendlichen nahezubringen.
6. je nach Ausgang der oben genannten Prüfung und bis dahin im Zusammenspiel mit den Berufs- und Freiwilligen Feuerwehren in unserem Land sowie mit dem Technischen Hilfswerk einen festen Projekttag an den Schulen Mecklenburg-Vorpommerns anzubieten, um junge Menschen frühzeitig im Bereich Brand- und Katastrophenschutz zu schulen.

Nikolaus Kramer und Fraktion

Begründung:

Aktuell ist unsere Gesellschaft vielfältigen Belastungsproben ausgesetzt, die sie auf ungewohnte Weise gefährden, an denen sie aber gleichzeitig wachsen sollte, um resilienter zu sein. Wir haben offenbar mehr als früher mit besonderen Akutereignissen zu rechnen, auf die es sich vorzubereiten gilt, ohne dass damit etwa einem katastrophenfixierten Denken Vorschub geleistet werden sollte. Kurz: Die Gefahren nehmen derzeit eher zu als ab. Uns alle bedrückt das; es sollte uns aber eher in einem guten und ermutigenden Sinne mobilisieren.

Insofern gilt es, mit dieser Situation so pragmatisch wie lösungsorientiert umzugehen, idealerweise sogar mit dem Ziel, den Gemeinschaftsgedanken zu befördern.

Innerhalb unseres Bundeslandes sind es insbesondere die Berufs- und Freiwilligen Feuerwehren, die zum Schutz des zivilen Lebens aufgerufen sind. Wir wissen zudem, dass die Freiwilligen Feuerwehren in manchen Orten des ländlichen Raumes beinahe die letzten „Institutionen“ darstellen, die ein Gemeinschaftsleben nicht nur schützen, sondern mit ihrer Technik bis in die Alltagskultur hinein gestalten, widmen sich die Feuerwehren doch nicht nur Gefahrenabwehr und -vorbeugung, sondern ermöglichen allerlei Aktivitäten und stellen beispielsweise Dorffeste sicher. – Wir wissen ferner, dass namentlich die Feuerwehren Kindern und Jugendlichen nicht nur Erlebnisse und Herausforderungen bieten, sondern in der Lage sind, zu verantwortungsvollem Handeln im Sinne der Gemeinschaft zu erziehen.